

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

16. Wahlperiode

Ausschuss für Europafragen und Eine Welt

26. Sitzung am 17.07.2014
– Öffentliche Sitzung –

– Elektronische Fassung –

Protokoll

Beginn der Sitzung: 10:05 Uhr

Ende der Sitzung: 11:43 Uhr

Tagesordnung:

- | | Ergebnis: |
|---|--------------------------|
| 1. Plastiktütenverbot II
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/4044 – | Erledigt
(S. 5 – 7) |
| 2. EU-Beihilfen am Nürburgring
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/4045 – | Vertagt
(S. 3) |
| 3. 100 Jahre Ausbruch des Ersten Weltkrieges
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76
Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/4139 – | Erledigt
(S. 8 – 10) |
| 4. Ergebnisse des Europäischen Rates vom 26. – 27. Juni 2014
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76
Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/4140 – | Erledigt
(S. 11 – 13) |
| 5. Schwerpunkte der italienischen EU-Ratspräsidentschaft
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/4175 – | Erledigt
(S. 14 – 16) |

Tagesordnung(Fortsetzung):

6. Kampagne „Dein Tag für Afrika“ – Aktion Tagwerk in Rheinland-Pfalz 2014
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/4189 –
7. Informationsfahrt
8. 20 Jahre Ausschuss der Regionen der Europäischen Union:
Europa der Vielfalt und Partnerschaft
Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/3667 –

Ergebnis:

Erledigt
(S. 17 – 18)

Beratung
(S. 19)

Annahme empfohlen
(S. 4)

Elektronische Fassung

Herr Vors. Abg. Weiner eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Der zusätzliche, vom Plenum überwiesene Punkt 8 der Tagesordnung sei mit Einverständnis der Ausschussmitglieder vor Punkt 1 zu behandeln.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschuss beschließt, den Tagesordnungspunkt

2. EU-Beihilfen am Nürburgring

Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT

– Vorlage 16/4045 –

zu vertagen.

Auf Bitten von Herrn Abg. Seekatz sagt die Landesregierung zu, die Übermittlung von entsprechenden Stellungnahmen der Landesregierung gegenüber der Europäischen Kommission zu prüfen.

Elektronische Fassung

Punkt 8 der Tagesordnung:

**20 Jahre Ausschuss der Regionen der Europäischen Union:
Europa der Vielfalt und Partnerschaft
Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/3667 –**

Berichtersteller: Abg. Andreas Biebricher

Herr Abg. Wiechmann führt aus, eine Möglichkeit zur ausführlichen Beschäftigung mit dem Antrag sei in der kommenden Plenarsitzung gegeben. In den letzten Jahren habe die personelle Vertretung im AdR zu einer oder anderen Meinungsverschiedenheit geführt. Das Gremium der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften, die die Interessen der Kommunen und Länder in Brüssel vertreten, werde jedoch von allen Anwesenden breit getragen.

Für ein Europa der Regionen sei ein solches Vernetzungsgremium notwendig. Inhaltlich bestehe zu dem Antrag ein fraktionsübergreifendes Einverständnis, sodass er womöglich gemeinsam ins Parlament eingebracht werden könne.

Herr Abg. Klöckner stimmt zu, dass der AdR kein strittiges Thema sei. Die Personalfrage, zu der unterschiedliche Auffassungen herrschten, habe mit diesem Antrag nichts zu tun. Gerade zum Jubiläum des AdR sei es ein gutes Zeichen, wenn der Ausschuss für Europafragen und Eine Welt den Antrag geschlossen unterstützte. Insofern werde ein gemeinsamer Antrag gutgeheißen.

Herr Abg. Seekatz bedankt sich für das Angebot eines gemeinsamen Antrags. Vonseiten der CDU gebe es noch einige Ergänzungsvorschläge. Es werde beabsichtigt, gemeinsam einen Antrag zu erarbeiten.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen der SPD, der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Landtag die Annahme des Antrags der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/3667 – zu empfehlen.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Plastiktütenverbot II

Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT

– Vorlage 16/4044 –

Herr Dr. Grünhoff (Referent im Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung) erläutert, die Europäische Kommission habe Anfang November 2013 einen Vorschlag zur Änderung der Europäischen Verpackungsrichtlinie – BR-Drs. 755/13 – vorgelegt. Dieser sehe eine Senkung des Verbrauchs von leichten Tragetaschen aus Kunststoff unter 50 µm Wandstärke vor.

Im Änderungsvorschlag schreibe die Kommission nur das allgemeine Ziel vor, den Verbrauch an Tüten aus leichtem Kunststoff zu verringern, und gestatte es den Mitgliedstaaten ausdrücklich, ihre eigenen nationalen Verringerungsziele festzulegen sowie Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele zu beschließen.

In erster Lesung Mitte April 2014 habe das Europäische Parlament verschiedene Änderungen an dem von der Kommission erarbeiteten Richtlinienentwurf vorgeschlagen. Unter anderem habe sich das Europäische Parlament für ein einheitliches Ziel zur Verringerung des Kunststofftütenverbrauchs in den Mitgliedstaaten eingesetzt.

Nach einer Übergangszeit von fünf Jahren solle die Verringerung 80 % im Vergleich zum durchschnittlichen Verbrauch in der Europäischen Union im Jahre 2010 betragen. Das bedeute, dass der Kunststofftütenverbrauch auf 40 Kunststofftüten pro Person und Jahr gesenkt werden solle.

Zur Sensibilisierung der Verbraucher habe sich die Kommission für eine stärkere Aufklärung ausgesprochen.

Das Parlament wolle durch Einführung einer Abgabe auf Kunststofftüten im Handel die kostenlose Abgabe von Kunststofftüten bei Marktteilnehmern aussetzen und habe sich dafür ausgesprochen, Kunststofftüten, die aus Lebensmittelhygienegründen notwendig seien, aus dem Geltungsbereich der Richtlinie auszunehmen.

Das Parlament habe ferner dafür plädiert, sehr leichte Kunststofftüten als Verpackung für trockene, lose, unverpackte Lebensmittel durch Tüten aus wiederverwertetem Papier oder durch biologisch abbaubare und kompostierbare, sehr leichte Kunststofftüten zu ersetzen. Zudem habe es sich dafür ausgesprochen, besonders gefährliche Substanzen und Stoffe in Verpackungsmaterialien zu verbieten.

Noch habe der Beschluss des Europäischen Parlaments keine Außenwirkung. Die Änderungsvorschläge des Europäischen Parlaments seien im Hinblick auf das Verwendungsverbot besonders gefährlicher Substanzen und Stoffe in Kunststofftüten sowie in Bezug auf eine bessere Aufklärung und stärkere Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger sowie das Verbot der kostenlosen Abgabe von Plastiktüten im Lebensmitteleinzelhandel nach deutschem Vorbild zu begrüßen.

Die Forderung des Europäischen Parlaments, die Mitgliedstaaten innerhalb der nächsten fünf Jahre zu einer Beschränkung des durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauchs an Plastiktüten auf 40 zu verpflichten, erscheine aus deutscher Sicht in Abwägung von Aufwand und Nutzen unverhältnismäßig; denn in Deutschland seien vom Lebensmitteleinzelhandel bereits vor fünf Jahren freiwillige Maßnahmen umgesetzt worden, um die Verwendung von Kunststofftüten durch die Einführung einer kostenpflichtigen Abgabe einzuschränken.

Gleichzeitig beteiligten sich die Hersteller und Vertreiber an der haushaltsnahen Erfassung und Verwertung von Kunststoffabfällen (Gelber Sack) und an Sensibilisierungskampagnen für die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb bestehe in Deutschland kein nennenswertes Littering-Problem. Die Landschaftsvermüllung insbesondere mit Kunststofftüten sei bezogen auf die Gesamtvermüllung sehr gering.

In Deutschland liege der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch an Kunststofftüten bei 71 Stück, der viertniedrigste Wert in der EU. Der EU-weite durchschnittliche Verbrauch liege bei 198 Kunststofftüten pro Person und Jahr. In Bulgarien würden 421 Stück pro Person und Jahr verbraucht. Das Reduzierungsziel auf 40 Kunststofftüten sei daher sehr ambitioniert.

Deshalb bestehe in Deutschland – im Gegensatz beispielsweise zu den Mittelmeeranrainerstaaten – kein akuter Handlungsbedarf, den Verbrauch an Plastiktüten durch stringenterer rechtliche Maßnahmen weiter zu verringern. Ohnehin widme sich die Kommission damit nur einem Teilproblem der Verschmutzung der Meere und Landschaften mit Kunststoffabfällen.

Viel entscheidender als der Pro-Kopf-Verbrauch von Kunststofftüten sei der Aufbau einer funktionierenden Kreislaufführung in den Mitgliedstaaten, indem dort eine geeignete Infrastruktur zur Erfassung und zum Recycling aller Kunststoffe geschaffen werde und Maßnahmen zur Information und Sensibilisierung der Verbraucherinnen und Verbraucher ergriffen würden.

Ein längst fälliges Deponierungsverbot für verwertbare Abfälle – ebenfalls nach deutschem Vorbild – könne sich in den EU-Mitgliedsstaaten positiv auf die Recyclinganstrengungen auswirken.

Die Bevorzugung biologisch abbaubarer Plastiktüten werde als nicht sachgerecht betrachtet, weil deren Verwendung das Littering-Problem nicht löse, sie keinen Beitrag zu einer nachhaltigen Kreislaufführung leisteten, da sie sich zersetzten, und sie aufgrund der längeren Zerfallszeiten die Meeresfauna genauso schädigten wie Plastiktüten aus herkömmlichen Rohstoffen. Diese Kritik werde vom Umweltbundesamt geteilt.

Im nächsten Schritt werde sich der Europäische Rat, in dem die Bundesregierung vertreten sei, mit den Vorschlägen des Parlaments befassen. Frau Ministerpräsidentin Dreyer habe sich deshalb in einem Schreiben, in dem sie die oben genannten Bedenken gegen die Vorschläge des Parlaments thematisiert habe, an Frau Bundesumweltministerin Dr. Hendricks gewandt. Im Antwortschreiben der Bundesumweltministerin an die Ministerpräsidentin werde deutlich, dass die Bundesregierung die Bedenken ebenfalls teile. Die Bundesumweltministerin wolle sich im Rahmen des weiteren Verfahrens zur vorgesehenen Änderung der Verpackungsrichtlinie für eine angemessene Regelung einsetzen, die sich am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit orientiere.

In Bezug auf die betroffenen rheinland-pfälzischen Unternehmen sei zu sagen, dass die Änderungsvorschläge des Parlaments den freiwilligen Anstrengungen der deutschen Industrie – wie zum Beispiel Kunststofftüten aus Recyclingmaterial, die mit dem Blauen Umweltengel ausgezeichnet worden seien – nicht gerecht würden.

Allein in Rheinland-Pfalz wären drei Unternehmen von etwaigen Markteingriffen betroffen. Eines dieser Unternehmen sei Papier-Mettler in Morbach mit 2000 Beschäftigten in Deutschland, der europaweit größte Hersteller von Tragetaschen aus Papier und Kunststoff. Ebenfalls betroffen sei die West-Papier GmbH in Sinzig mit ungefähr 30 Beschäftigten und die Meyer/Stemmler GmbH & Co. KG mit rund 250 Beschäftigten in Mülheim-Kärlich.

Als europäischer Marktführer für Serviceverpackungen aus Papier und Kunststoff beschäftige Papier-Mettler weltweit 3.300 Mitarbeiter in 14 Ländern mit einem Umsatz von rund 1 Milliarde Euro. Das Unternehmen stelle Tragetaschen und Beutel aller Art aus Papier und Kunststoff, industrielle Folien, MAP-Schalen und Gastronomieartikel her.

Im Bereich der grünen Verpackungslösungen gelte Papier-Mettler als Vorreiter der Branche. Das Sortiment des Unternehmens umfasse unter anderem recycelte Kunststoffe, Kunststoffe aus nachwachsenden Rohstoffen und biologisch abbaubare Kunststoffe.

Das Unternehmen Meyer/Stemmler habe vor allem Kunden aus der Bäckerei- und Metzgerbranche, aus Handel und Industrie in Deutschland und anderen europäischen Ländern. Zur Produktpalette gehörten neben Serviceverpackungen aus Papier und Folien auch Kartonagen in verschiedenen Größen, Servietten und Shopausstattungen.

West-Papier stelle Griffloch-, Schlaufen- und Bügelgrifftragetaschen, Matchesäcke und Folientragetaschen aus Polyethylen her. Darüber hinaus produziere das Unternehmen Tragetaschen aus Papier, Tischdecken und Werberollen.

An dem Vorschlag der Kommission, es den Mitgliedstaaten zu überlassen, ihre eigenen nationalen Verringerungsziele festzusetzen sowie Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele zu beschließen, solle nach Auffassung der Landesregierung festgehalten werden. Bei den Maßnahmen könne es sich um Preismaßnahmen, Sensibilisierungskampagnen, Steuern, Abgaben oder Verbote handeln.

Herr Vors. Abg. Weiner bedankt sich für den Vortrag.

Herr Abg. Klöckner gibt zu bedenken, eine Steuerung durch Auflagen für Hersteller bzw. Handel bedeute einen massiven Eingriff in den wirtschaftlichen Kreislauf.

Herr Dr. Grünhoff stimmt zu. Zur Regulierung sei ein tiefgreifender Markteingriff nötig. Beispielsweise könne analog der freiwilligen Selbstverpflichtung des deutschen Lebensmitteleinzelhandels eine Abgabe von Plastiktüten ausschließlich gegen Entgelt vorgeschrieben werden. Irland mit einem zuvor sehr hohen Plastiktütenverbrauch habe diesen dadurch um 80 % verringern können. Zum Erreichen eines Pro-Kopf-Verbrauchs von nur 40 Plastiktüten im Jahr genügten reine Preismaßnahmen wahrscheinlich nicht.

Herr Vors. Abg. Weiner möchte wissen, ob neben den Zahlen für Deutschland auch Zahlen für Rheinland-Pfalz bekannt seien. Zu fragen sei, ob die Tendenz dahin gehe, stabilere Plastiktüten für einen längeren Lebenszyklus herzustellen.

Da BASF als Hersteller recycelbarer Tüten von der Entwicklung positiv betroffen sein könne, stelle sich die Frage, inwiefern sich durch die neue Richtlinie die Beschäftigungszahlen in den betroffenen Firmen veränderten und wie sich diese darauf einstellten, um Entlassungen zu vermeiden.

Herr Dr. Grünhoff gibt zur Antwort, die gesamte Statistik sei sehr unsicher, da sie nur auf den Verkaufs- und Herstellungszahlen basiere. Ein bundeslandspezifischer Verbrauchswert für Deutschland sei nicht bekannt.

In Bezug auf die Hemdchentüten im Vergleich zu den stabileren Plastiktüten bestehe die große Sorge, dass durch Setzen falscher Signale eine ungewollte Lenkungswirkung auftreten könne. Die dünnwandigen Hemdchentüten hätten durchaus ihre Berechtigung. Der Rohölanteil sei geringer, sie seien leicht und zum einmaligen Gebrauch – beispielsweise für lose Obst- und Gemüsesorten – bestimmt. Bei alternativer Verwendung stabilerer Plastiktüten sei eine mehrfache Nutzung durch den Verbraucher nicht sichergestellt.

Anzunehmen sei, dass der Rat die Bedenken der Mitgliedstaaten einbringen werde. Im anschließenden Trilog-Verfahren würden sich Parlament und Rat um eine Einigung auf entsprechende Maßnahmen bemühen. Vom Ausgang dieses Verfahrens hingen die zwingend umzusetzenden Maßnahmen ab. Mit den Industrieunternehmen und dem Handel sei dann eine ökologisch sinnvolle Umsetzung der Maßnahmen zu erörtern, damit es nicht zu einer falschen Lenkungswirkung komme.

Derzeit könne keine Aussage darüber gemacht werden, inwieweit Arbeitsplätze tatsächlich betroffen wären. Vermutlich könne dies insbesondere beim Hersteller Papier-Mettler, der die Hemdchentüten herstelle, aber hauptsächlich ins Ausland verkaufe, ein Problem sein. Für die beiden anderen erwähnten Unternehmen sei dies voraussichtlich weniger problematisch, da deren Kerngeschäft nicht bei Plastiktüten unter 50 µm liege.

Der Antrag – Vorlage 16/4044 – hat seine Erledigung gefunden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

100 Jahre Ausbruch des Ersten Weltkrieges
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/4139 –

Frau Mohr (Referentin in der Staatskanzlei) berichtet, die Landesregierung beschäftige sich schon sehr lange mit dieser Thematik. Bereits Mitte 2010 habe der damalige Ministerpräsident die Bundeskanzlerin angeschrieben und das Engagement sowie mit der Festung Ehrenbreitstein auch die Örtlichkeit für eine nationale Gedenkveranstaltung angeboten.

Die Antwort habe gelautet, die Stiftung Deutsches Historisches Museum in Berlin werde die weitere Programmplanung übernehmen. Im Jahr 2012 sei mitgeteilt worden, dass die Stiftung eine Ausstellung konzipieren werde. Über die nationale Gedenkveranstaltung sei nicht mehr gesprochen worden.

In der Zwischenzeit habe sich Anfang Januar 2012 auf Landesebene eine Arbeitsgruppe zu einer möglichen Gedenkveranstaltung gebildet. Beteiligte seien die Landeszentrale für politische Bildung, die Kommission für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz beim Landtag, das Historische Seminar der Johannes Gutenberg-Universität, das Institut für Geschichtliche Landeskunde und viele mehr gewesen.

Daraus sei die den Ausschussmitgliedern vorliegende Veranstaltungsbroschüre entstanden. Durchgeführt würden drei Veranstaltungsreihen, mehrere Ausstellungen, Einzelveranstaltungen sowie ein dreitägiges internationales Symposium. Die Veranstaltungen hätten bereits im Oktober/November 2013 begonnen.

Die Kooperation sei sehr erfolgreich verlaufen. Die Landeszentrale für politische Bildung und das Historische Seminar hätten beispielsweise die Veranstaltungsreihe „Zeitenwende“ konzipiert. Gemeinsam mit dem Leibniz-Institut sei dabei eine Filmreihe und mit dem Bildungsministerium eine Literaturreihe organisiert worden.

Das Symposium im Juni 2014 sei mit Referenten aus Schottland, Frankreich, Österreich, Ungarn, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz durchgeführt worden. Alle Veranstaltungen seien sehr gut besucht gewesen. Zudem habe es aufgrund der hohen Nachfrage nach den Veranstaltungen neue Kooperationen gegeben. So werde die „Zeitenwende“-Veranstaltungsreihe nochmals leicht abgewandelt auf der Festung Ehrenbreitstein in Koblenz als Begleitprogramm zur Ausstellung „Verdun – 100 Jahre danach“ gezeigt.

Eine Veranstaltung mit Christopher Clark, Autor des Buchs "Die Schlafwandler", sei überfüllt gewesen.

Eine Gedenkveranstaltung auf der Festung Ehrenbreitstein am 12. September 2014 – ursprünglich als nationale Gedenkveranstaltung gedacht – werde im Rahmen der Gipfelpräsidentschaft der Ministerpräsidentin für die Großregion gemeinsam mit Beteiligten aus der Großregion durchgeführt. Neben der Ministerpräsidentin werde dort der Regionalratspräsident des Elsass sprechen. Der ehemalige Premierminister Ayrault habe seine Teilnahme mündlich zugesagt. Zu Wort kommen werde außerdem der Nachfolger von Ministerpräsident Lambertz der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Frau Mauerer (Referentin in der Staatskanzlei) ergänzt, das Thema 100 Jahre Erster Weltkrieg habe die grenzüberschreitenden Gremien am Oberrhein sowie in der Großregion intensiv beschäftigt. Dies werde zum Anlass genommen, nicht nur auf die Vergangenheit zu schauen, sondern auch auf die Zusammenarbeit mit den Partnerländern und darauf, wie sich die Zusammenarbeit in Europa in Zukunft gestalte.

Viele interregionale Institutionen, Einrichtungen, Vereine und Ehrenamtliche engagierten sich auf diesem Gebiet, planten und organisierten Veranstaltungen sowie Projekte. Beispielhaft zu nennen sei die Arbeitsgruppe Bildung und Erziehung des Gipfels der Großregion, die eine Wanderausstellung mit begleitendem pädagogischem Programm sowie Schüleraustauschen konzipieren wolle.

Der Verein Kulturraum Großregion wolle eine durch Erasmus plus geförderte große Jugendbegegnung organisieren. Die Jugendlichen sollten sich unter anderem durch Erarbeiten eines Online-Reisetagebuchs künstlerisch und journalistisch mit dem Thema auseinandersetzen, würden auf ihrer Reise von Historikern, Künstlern und Journalisten begleitet und anschließend zur Gedenkveranstaltung in Koblenz dazustoßen.

Der Arbeitskreis Archive in der Metropolregion Rhein-Neckar plane eine Wanderausstellung. Das Historische Museum der Pfalz habe eine grenzüberschreitende Ausstellung mit Museen aus Straßburg, Delemont, Rastatt und Lörrach konzipiert.

Das Gedenken beschränke sich nicht auf das Jahr 2014. Gerade die Partner in Frankreich und Belgien konzipierten Veranstaltungen bis ins Jahr 2019. Bei einem beeindruckenden Besuch in der Präfektur Metz habe die Subpräfektin den großen Plan für die Gedenkfeierlichkeiten ausgerollt.

In Lothringen gebe es unzählige Veranstaltungen und Ausstellungen zu den Themenbereichen Militärhistorie, die Rolle der Frauen im Ersten Weltkrieg sowie medizinische Versorgung. Touristische Angebote beinhalteten Konzerte, Filmvorführungen und Sportveranstaltungen. Ein Marathon werde rund um Verdun zu den Kriegsschauplätzen stattfinden. Die einzelnen Departements betrieben unzählige Webseiten über die Aktivitäten, von staatlicher Ebene über die Präfektur bis zur kommunalen und regionalen Ebene.

Im Elsass fänden grenzüberschreitend angelegte Wanderausstellungen wie „Menschen im Krieg“ und „Fields of Battle“ statt. Man bemühe sich darum, dass eine dieser Ausstellungen auch in Rheinland-Pfalz Station mache.

Die deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens organisiere mehrere Rundfahrten quer durch das Land mit Bildervortragsreihen zur deutschen Invasion und den Folgen in Belgien.

St. Vith und Eupen dienten als Stationen für einen Friedenslauf im September, der von Sarajevo bis Aachen gehe.

Das Programm der Wallonie umfasse vielfältige thematische Routen.

Die Universität Luxemburg habe das Projekt WWI (World War I) goes Twitter ins Leben gerufen. Dort würden jeden Tag in Echtzeit Tweets zu den aktuellen Geschehnissen vor 100 Jahren abgegeben.

Über die rheinland-pfälzische Gipfelpräsidentschaft hinaus werde dies auch in den nächsten Jahren ein Thema in der Zusammenarbeit sein. Es finde ein kontinuierlicher Informationsaustausch über die Veranstaltungen statt.

Herr Vors. Abg. Weiner bedankt sich für den Bericht.

Herr Abg. Klöckner spricht den Organisatoren des alle Teile der Bevölkerung ansprechenden Programms ein Lob aus. Gerade in der Großregion verkörperten sich sehr viele Bilder des Ersten Weltkrieges. Wenn nunmehr statt eines gemeinsamen „Abschlachtens“ ein gemeinsames Gedenken und Nachdenken über die Friedenspolitik erfolge, sei dies ein Zeichen für ein gelebtes Europa.

Ein Verdrängen des Ersten Weltkrieges oder auch des Holocausts sei der falsche Weg. Junge Leute sollten vielmehr einmal die Schlachtfelder von Verdun besuchen, um die Schrecken des Krieges nachvollziehen zu können, was dazu beitragen könne, zukünftige Kriege zu vermeiden.

Herr Vors. Abg. Weiner stimmt Herrn Abg. Klöckner zu. In Deutschland sei die Liste der Gefallenen aus dem Zweiten Weltkrieg drei- bis fünfmal so lang wie aus dem Ersten, in Frankreich sei das umgekehrt. Die Franzosen bezeichneten den Ersten Weltkrieg als „La Grande Guerre“, der in Frankreich und in der belgischen Region Flandern getobt und sich dort als Stellungskrieg tief eingegraben habe. Vom Zweiten Weltkrieg sei Frankreich weniger betroffen gewesen. Dieser werde in Russland hingegen als „Großer vaterländischer Krieg“ bezeichnet.

26. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 17.07.2014
– Öffentliche Sitzung –

Anfragen von französischen Bürgermeistern oder Partnern bezüglich der Teilnahme an Gedenkveranstaltungen könnten gerne an den Ausschuss für Europafragen und Eine Welt weitergegeben werden. Die Fraktionen würden dann prüfen, wer teilnehmen könne.

Frau Mohr merkt an, die Einladungen zu den Gedenkveranstaltungen am 12. September 2014 auf der Festung Ehrenbreitstein erhielten alle Abgeordnete voraussichtlich noch vor der Sommerpause.

Herr Vors. Abg. Weiner fügt hinzu, falls gewünscht, bestehe die Bereitschaft, auch an Gedenkveranstaltungen in Frankreich teilzunehmen.

Der Antrag – Vorlage 16/4139 – hat seine Erledigung gefunden.

Elektronische Fassung

Punkt 4 der Tagesordnung:

Ergebnisse des Europäischen Rates vom 26. – 27. Juni 2014
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/4140 –

Herr Abg. Wiechmann führt zur Begründung aus, seit der Europawahl gebe es eine große europäische Öffentlichkeit insbesondere für die Personalfragen, die sich rund um die Kommission ergeben hätten. Beim Europäischen Rat, der vorletztes Wochenende stattgefunden habe, sei über viele Angelegenheiten entschieden worden. Neben der Wahl von Herrn Juncker zum EU-Kommissionspräsidenten durch das Parlament hätten die Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien auf der Tagesordnung gestanden. Dazu werde ein Bericht der Landesregierung gewünscht.

Herr Dr. Schmuck (Abteilungsleiter in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa) bringt vor, am ersten Tag des Gipfels hätten die Staats- und Regierungschefs in der belgischen Stadt Ypern des Ersten Weltkriegs gedacht. Bei Ypern seien damals eine halbe Million Soldaten gefallen. Deutsche und Briten hätten sich über Jahre hinweg gegenübergestanden, und dort sei am 22. April 1915 zum ersten Mal Chlorgas eingesetzt worden.

In den verschiedenen Reden sei darauf hingewiesen worden, dass nach dem Ersten Weltkrieg erste Versuche zu einer Einigung Europas unternommen worden seien. In diesem Zusammenhang sei die Gründung des Völkerbundes zu nennen. Zu den Politikern, die versucht hätten, den Frieden in Europa sicherzustellen, gehörten Stresemann auf deutscher und Briand auf französischer Seite, denen später der Friedensnobelpreis verliehen worden sei. Die Zeit dazu sei jedoch noch nicht reif gewesen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sei mit der Europäischen Gemeinschaft, dem Vorläufer der Europäischen Union, ein neuer Weg beschritten worden. Dies sei – auch unter Hinweis auf den Friedensnobelpreis, der der Europäischen Union vor zwei Jahren verliehen worden sei – gewürdigt worden.

Am ersten Tag in Ypern sei eine Strategische Agenda für die Union in Zeiten des Wandels beschlossen worden. Die in dem achtseitigen Papier definierten Ziele sollten als Programm für die kommende Wahl-, Legislatur- und Amtsperiode von Parlament und Kommission gelten. Im Vorfeld habe es darüber heftige Diskussionen gegeben.

Beim Gipfel habe der neue Vertreter Italiens, Ministerpräsident Renzi, bereits im Vorfeld Wünsche nach mehr Flexibilität bei Wirtschafts- und Stabilitätspakt, Wachstumsinvestitionen und Verlängerung der Fristen eingebracht. In diesem Zusammenhang habe man versucht, darauf zu drängen, dass der Stabilitätspakt in der neuen Periode nicht mehr ganz so strikt wie zuvor ausgelegt werde. Darüber sei heftig diskutiert worden.

Der französische Präsident habe sich ebenfalls für mehr Flexibilität ausgesprochen. Dies alles sei versucht worden, in das Papier einzubringen. Viele seien dagegen gewesen, auch die Deutschen hätten sich eher zurückhaltend gezeigt. Es sei die Vereinbarung getroffen worden, dass die Regeln des Stabilitätspakts im Hinblick auf die Flexibilität möglichst weit ausgelegt würden und darauf geachtet werden solle, ob bestimmte Vorhaben als Zukunftsinvestitionen gewertet würden, die bei den Verschuldungsregeln nicht unbedingt beachtet würden.

Die Strategische Agenda für die Union in Zeiten des Wandels umfasse fünf Punkte. Angestrebt werde eine Union der Arbeitsplätze, des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit, darüber hinaus eine Union, die die Bürger durch mehr Ausbildung befähige und für mehr Schutz im Innern Sorge. Der Weg zu einer Energieunion und einer zukunftsorientierten Klimapolitik solle beschritten werden. Es werde eine Union der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts angestrebt. An diesem Punkt habe vor allem der italienische Ministerpräsident auf eine bessere Steuerung gedrängt, sowohl im Bereich der Wirtschaft als auch im Bereich der Migrationspolitik und einer größeren Solidarität der Partner. Ein weiteres Ziel sei die Union als starker globaler Akteur.

Diese Ziele habe der Europäische Rat als Leitlinie für die designierte Kommission Juncker festgelegt.

Am zweiten Tag im Justus-Lipsius-Gebäude in Brüssel sei der ehemalige luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker, Spitzenkandidat der christdemokratischen EVP, nach einigen Diskussionen als Präsident der Europäischen Kommission nominiert worden. Vielfach sei die trotz der Widerstände insbesondere von britischer und ungarischer Seite erfolgte Nominierung als historische Entscheidung angesehen worden. Früher sei im Rat in solchen Fällen nach einer einvernehmlichen Lösung gesucht worden, wodurch in der Regel relativ schwache Kandidaten ausgewählt worden seien. Im Gegensatz dazu sei Juncker profiliert, und es werde erwartet, dass er in diesem Bereich sehr viel bewegen könne.

Vor zwei Tagen sei er im Europäischen Parlament mit relativ breiter Mehrheit von 422 gegen 250 Stimmen gewählt worden. Unter den Abgeordneten, die für ihn gestimmt hätten, seien Christdemokraten, Sozialisten und Liberale vertreten, außerdem etwa die Hälfte der Grünen.

Von britischer Seite sei die Vorgehensweise bei der Nominierung kritisiert worden. Sobald die neue Kommission effektiv im Amt sei, solle über das künftige Verfahren bei der Nominierung beraten werden. Aus Sicht verschiedener Staaten stelle die Vorgehensweise mit Spitzenkandidaten insofern ein Problem dar, als dass der Präsident aufgrund der Größe der Parteien immer von den Sozialisten oder Christdemokraten gestellt werde, von denen sich die Briten als Konservative nicht vertreten sähen.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt sei das Europäische Semester gewesen. Im Zusammenhang mit der europäischen Wirtschaftsregierung gebe es nun ein Verfahren, bei dem die Haushalte der verschiedenen Mitgliedstaaten dahingehend bewertet würden, ob die Verschuldungskriterien eingehalten würden. An dieser Stelle sei die praktische Umsetzung der verschiedenen Vorgaben der EU betrachtet worden und eine Stellungnahme dazu erfolgt.

Darüber hinaus habe es verschiedene Erklärungen zu den Themen Energie, Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung und zur europäischen Innenpolitik gegeben. Die Staats- und Regierungschefs wollten die EU-Grenzkontrollen modernisieren, die Migrationspolitik insgesamt verbessern und die eigentlichen Ursachen für irreguläre Migrationsströme angehen. In den Herkunftsländern solle durch verstärkte Anstrengungen bewirkt werden, dass nicht mehr so viele Menschen in die EU strömten. Gleichzeitig sollten Schleuserkriminalität und Menschenhandel entschiedener bekämpft werden.

Partnerschaftsabkommen mit Georgien, Moldau und der Ukraine seien unterzeichnet worden. Insbesondere die Ukraine-Frage sei sehr intensiv diskutiert worden. Ein Abkommen mit der Ukraine sei Auslöser für die kriegerischen Auseinandersetzungen gewesen, da die Ost-Ukraine dagegen gewesen sei. Die Krim sei nun insgesamt der russischen Republik zugeschlagen worden. Laut erfolgtem Beschluss werde der Handelsteil jetzt in Kraft gesetzt. Russland habe eine Frist zur Entspannung der Lage gesetzt bekommen. Demnach sollten substantielle Verhandlungen über einen Friedensplan mit dem ukrainischen Präsidenten Poroschenko stattfinden.

Weiterhin sei beschlossen worden, dass Litauen am 1. Januar 2015 als 19. EU-Staat den Euro erhalte.

Der Europäische Rat habe mit der Benennung von Jean-Claude Juncker zum Kandidaten für das Amt des Präsidenten seine Handlungsfähigkeit bewiesen. Positiv zu bewerten sei, dass man sich von den Briten nicht unter Druck habe setzen lassen.

Die Migrationsfrage rücke immer mehr in den Mittelpunkt der Verhandlungen. Ziel sei eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik.

Mit der Strategischen Agenda für die Union in Zeiten des Wandels stehe ein umfassender Plan mit Prioritäten für die nächsten fünf Jahre zur Verfügung. Es bleibe jedoch abzuwarten, ob sich Kommission und Parlament daran hielten.

Insgesamt sei eine gewisse Konflikthaltung zwischen dem Europäischem Parlament und dem Europäischen Rat festzustellen. In den letzten Jahren in Zeiten der Krise habe der Europäische Rat sehr stark im Vordergrund gestanden. Nun versuche das Europäische Parlament, mit dem starken Kommissionspräsidenten Juncker als Gegenüber wieder eine stärkere Rolle zu erlangen.

26. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 17.07.2014
– Öffentliche Sitzung –

Juncker sei mittlerweile zum Kommissionspräsidenten gewählt worden. Am gestrigen Abend habe man sich nicht auf das weitere Personalpaket einigen können. Nun seien die Posten des Präsidenten des Europäischen Rats, des Außenbeauftragten und verschiedene wichtige Funktionen in der Kommission zu besetzen.

Ein großes Problem bestehe in der fast ausschließlichen Benennung von Männern für die Kommission durch die Mitgliedstaaten. Das Parlament habe bereits geäußert, dass mindestens ein Drittel durch Frauen gestellt werden müsse, angestrebt werde ein Frauenanteil von 50 %.

Für den 22. Oktober 2014 stehe im Europäischen Parlament ein Votum zur Gesamtkommission auf der Tagesordnung. Ein Amtsantritt der neuen Kommission sei für den 1. November 2014 vorgesehen.

Herr Vors. Abg. Weiner bedankt sich für den Bericht.

Der Tagesordnungspunkt hat mit der Begründung des Herrn Abg. Wiechmann und dem Bericht von Herrn Dr. Schmuck (Abteilungsleiter in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa) seine Erledigung gefunden.

Elektronische Fassung

Punkt 5 der Tagesordnung:

Schwerpunkte der italienischen EU-Ratspräsidentschaft
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/4175 –

Herr Dr. Schmuck (Abteilungsleiter in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa) legt dar, im Europäischen Rat sei es seit Langem üblich, dass ein EU-Mitgliedstaat den Vorsitz führe, der halbjährlich in einer festgelegten Reihenfolge wechsele. Derzeit habe Italien im Europäischen Rat den Vorsitz inne. Damit führe in allen Ministerräten ein Italiener oder eine Italienerin den Vorsitz.

Das EU-Vorsitzland lege die Tagesordnung fest, könne Schwerpunkte und damit bestimmte Akzente in der Politik setzen. Es sei stets interessant zu beobachten, welches Land welche Schwerpunkte setze. Bei Vorsitz eines südeuropäischen Landes werde traditionellerweise die Mittelmeerpolitik gestärkt, bei Vorsitz eines osteuropäischen Landes beispielsweise die Ostsee-Kooperation. Italien habe als Gründungsmitglied der EWG eine lange Tradition und sei bereits zum zwölften Mal Vorsitzland.

Durch eine Trio-Ratspräsidentschaft solle das Setzen völlig neuer Akzente in halbjährlichen Rhythmus vermieden werden. So legten die drei Mitgliedstaaten, die nacheinander die Präsidentschaft innehätten, eine gemeinsame Schwerpunktsetzung fest. Italien habe mit Lettland und Luxemburg die Trio-Ratspräsidentschaft der nächsten 18 Monate inne. Das gemeinsam vorgelegte Programm werde zunächst von Italien vorgetragen.

Die Bedeutung des Ratsvorsitzes sei im Vergleich zu früher ein wenig zurückgegangen. Früher habe das Vorsitzland in allen Ratsformationen den Vorsitz innegehabt.

Mit dem Vertrag von Lissabon sei eingeführt worden, dass der Vorsitz im Außenpolitischen Rat dauerhaft vom Hohen Beauftragten übernommen werde. Dies sei als Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik bisher Lady Catherine Ashton gewesen.

Im Europäischen Rat werde die Rolle des Ratsvorsitzenden nun ebenfalls dauerhaft vergeben. Letzter Ratsvorsitzender sei Herman Van Rompuy gewesen.

Dass die italienische Ratspräsidentschaft in eine Zeit des Umbruchs falle, bedeute, dass Italien es nicht mit einer sehr starken Kommission und einem sehr starken Parlament zu tun habe. Diese müssten sich erst neu finden und dürften somit zunächst stark mit sich selbst beschäftigt sein, zumal der neue Kommissionspräsident ein Arbeitsprogramm zu entwickeln habe. Dies könne von einer starken Ratspräsidentschaft ausgenutzt werden.

Nach der Lähmung Italiens durch die Ära Berlusconi sei mit dem relativ jungen Matteo Renzi nun ein innenpolitisch sehr starker Regierungschef an der Macht. In der Europawahl habe er mit 40,8 % einen großen Erfolg errungen und versuche nun, in Europa Druck zu machen. Das Amt der Außenbeauftragten wolle er durch seine Außenministerin besetzen, die mit 41 Jahren allerdings noch sehr jung und erst ein halbes Jahr im Amt sei.

Ministerpräsident Renzi habe bei der ersten Sitzung des Europäischen Parlaments am 2. Juli 2014 in Straßburg sein Präsidentschaftsprogramm vorgestellt. Das Präsidentschaftsprogramm benenne drei Prioritäten:

- beschäftigungsschaffendes Europa und Wachstum,
- EU als Raum der Freiheit, des Rechts und der Sicherheit,
- die globale Rolle der EU.

Wachstums- und beschäftigungspolitische Maßnahmen einschließlich der Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit vor allem in Südeuropa stünden im Vordergrund. Renzi wolle mehr Zeit für die nationale Umsetzung der Konvergenzkriterien. Dies stelle einen sehr umstrittenen Punkt dar, da es darum gehe, wie strikt der Stabilitätspakt mit den Verschuldungskriterien eingehalten werden solle. Italien spreche sich für eine vollständige Ausschöpfung der Möglichkeiten, die der Vertrag biete, sowie für eine flexiblere Auslegung aus. Die Mitgliedstaaten sollten wieder mehr Geld zur Verfügung haben.

Strukturreformen zur Wachstumssteigerung und gleichzeitigen Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sollten in die Wege geleitet werden.

Darüber hinaus werde eine verstärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitik der EU-Länder gefordert.

Die Europa 2020-Strategie solle weiterentwickelt werden, für die demnächst eine Überprüfung anstehe.

Die Digitale Agenda stehe weit oben auf der Tagesordnung. Eine stärkere Ausschöpfung des Potenzials der „digitalen Revolution“ werde angestrebt.

Im Bereich der Umweltpolitik sollten Klimaschutz und Energieversorgung eine wichtige Rolle spielen. Für den 17. Juli 2014 sei eine informelle Ratssitzung in Mailand zu diesem Thema vorgesehen.

Beim Schwerpunkt der EU als Raum der Freiheit, des Rechts und der Sicherheit gehe es um die Erarbeitung eines neuen Zuwanderungskonzepts, eine bessere Handhabung und Ausgestaltung der Sicherung der externen Grenzen, die Verbesserung der justiziellen Zusammenarbeit, die Realisierung einer Europäischen Staatsanwaltschaft, die Sicherung der Grundrechte sowie allgemein die Stärkung der Institutionen.

Besonderes Gewicht liege auf der Migration. Italien weise darauf hin, dass sehr viele Flüchtlinge insbesondere über Italien einreisten. In diesem Jahr seien es mit bisher 68.000 Flüchtlingen mehr als im gesamten Vorjahr gewesen.

Darüber hinaus werde eine Neuregelung der Verteilung von Flüchtlingen in Europa gefordert. Dies berühre auch Rheinland-Pfalz, das schon einige Flüchtlinge mehr als zuvor aufgenommen habe.

Bei der Asylpolitik sollten die gegenseitige Anerkennung der jeweiligen Entscheidungen überprüft, das Gemeinsame Europäische Asylsystem weiterentwickelt und die Asylpolitik insgesamt stärker in den Blick genommen werden.

Auch dem Thema Datenschutz sei eine hohe Priorität eingeräumt worden. Dieser Problembereich solle in Europa verbessert werden.

Beim Schwerpunkt der globalen Rolle der EU werde wiederum auf die Migrationspolitik eingegangen. Die Ursachen der Flüchtlingsströme vor Ort sollten angegangen werden. Den Menschen sei in den Herkunftsländern eine echte Perspektive zu bieten.

Ein weiteres Ziel seien Fortschritte in der Erweiterungspolitik. Die Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten werde nicht überall in der EU positiv betrachtet.

Besondere Bedeutung komme den Beziehungen zu den USA, Kanada und Japan zu. Regionalen Konflikten wie in der Ukraine, in Syrien und im Libanon müsse mehr Beachtung geschenkt werden.

Italien sei in seiner Europapolitik lange Zeit innenpolitisch gelähmt gewesen. Dass dies nun vorüber zu sein scheine, sei sehr zu begrüßen. Der noch sehr junge Matteo Renzi sei ein dynamischer Regierungschef, der in der EU etwas bewegen wolle. Die inhaltlichen Schwerpunkte der italienischen Ratspräsidentschaft seien gut gewählt und stimmten mit den Absichten des Europäischen Rates weitgehend überein. Der besondere Akzent auf der Flüchtlingspolitik sei aus italienischer Sicht nachvollziehbar, da Italien von diesem Punkt besonders betroffen sei.

Herr Vors. Abg. Weiner bedankt sich für den Bericht und bittet um den Sprechvermerk sowie – wenn möglich – um aktuelle Zahlen der Flüchtlingsbewegungen in den einzelnen EU-Ländern. Besonders interessant zu erfahren sei, wie viele Flüchtlinge ankämen und wie viele nach dem derzeitigen Schlüssel von den Ländern aufzunehmen seien.

Herr Dr. Schmuck regt an, auf Grundlage eines Antrags einen Tagesordnungspunkt daraus zu machen und bietet an, die Anfrage an das zuständige Haus weiterzugeben. Es gehe über das hinaus, was sich üblicherweise nach einem Bericht anschließe.

Herr Vors. Abg. Weiner möchte darauf zu einem späteren Zeitpunkt zurückkommen.

Frau Abg. Klamm bittet um eine Einschätzung der Chancen, dass die Forderung nach mehr Mitteln für einzelne EU-Länder von Matteo Renzi durchgesetzt werden könne.

Zu fragen sei, ob es zutreffe, dass Italien viel weniger Flüchtlingen Asyl gewähre als andere Mitgliedstaaten.

Herr Vors. Abg. Weiner möchte geklärt wissen, woher nach Meinung von Matteo Renzi die zusätzlichen Mittel stammen sollten.

Herr Dr. Schmuck gibt zur Antwort, dies sei im Augenblick eines der zentralen Themen in der Europäischen Union. Insbesondere nachdem sich der französische Staatspräsident Hollande auch auf diese Seite gestellt habe, werde derzeit in den Gremien sehr viel davon gesprochen, dass nach dem scharfen Sparkurs nun eine andere Richtung einzuschlagen sei, ohne die Verschuldung zu erhöhen.

Auch bei der Vorstellungsrede von Jean-Claude Juncker im Europäischen Parlament sei dies ein großes Thema gewesen. Er habe sich dafür ausgesprochen, jetzt mehr Geld zur Verfügung zu stellen, und eine Summe von 300 Milliarden Euro genannt, die in den nächsten Jahren durch öffentliches und privates Kapital zusätzlich zur Verfügung gestellt werden solle.

Ein Teil der Gelder solle aus nicht abgerufenen Mitteln der EU-Budgets stammen. Einen weiteren Teil stellten in diesem Zusammenhang beispielsweise Investitionen in transnationale Netze dar. EU-Kommissar Oettinger habe in einem Gespräch die Notwendigkeit des Baus der transnationalen Netze betont. Für diesen Bereich sei sehr viel Geld nötig, das mobilisiert werden müsse. Neben öffentlichen Geldern könne dies durch Projektbonds geschehen, bei denen Privatleute Geld investierten.

Zudem könne der geplante Abbau der Verschuldung etwas länger gestreckt werden. In den Verträgen sei die Möglichkeit zur flexibleren Auslegung in Zeiten schwerwiegender Krisen vorgesehen. Dies solle nun bis an die Grenzen ausgereizt werden.

Es werde angestrebt, mehr Beschäftigung zu schaffen. Gerade für Jugendliche gebe es zusätzliches Geld, das kaum abgerufen worden sei. Von den vorhandenen 6 Milliarden Euro sei bisher sehr wenig durch konkrete Programme abgerufen worden. Diese Gelder müssten nun mobilisiert werden, damit eine Veränderung bewirkt werden könne.

Insgesamt solle der Entschuldungspfad weiter beibehalten werden. Der Fiskalpakt solle weiter Geltung haben, jedoch bis an die Grenzen flexibel ausgelegt werden.

Konkrete Zahlen zu Asylbewerbern in Italien könnten nicht genannt werden. Möglicherweise könne dies mit der Frage nach aktuellen Flüchtlingszahlen verknüpft und im Ausschuss ausgiebig behandelt werden, da es ein großes Problem darstelle.

Zur Zeit der ersten Beitritte zur EU durch Griechenland, Spanien und Portugal sei in Deutschland eine Diskussion über eine mögliche Migrantenschwemme geführt worden. Heute lebten in Deutschland jedoch weniger Gastarbeiter aus Griechenland, Spanien und Portugal als früher. Das Gleiche sei beim Beitritt osteuropäischer Länder im Gespräch gewesen. Wenn die Menschen in ihren Heimatländern eine Perspektive hätten, blieben sie dort. Ziel einer sinnvollen Politik sei es, dazu beizutragen, dass die Menschen vor Ort arbeiten und sicher leben könnten.

Auf Bitten von Herrn Vors. Abg. Weiner sagt Herr Dr. Schmuck zu, dem Ausschuss seinen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag – Vorlage 16/4175 – hat seine Erledigung gefunden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Kampagne „Dein Tag für Afrika“ – Aktion Tagwerk in Rheinland-Pfalz 2014
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/4189 –

Herr Stiwitz (Referent im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur) trägt vor, die Aktion Tagwerk sei 2014 wie in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich gewesen. Der Tag habe am 1. Juli 2014 zum zwölften Mal stattgefunden. Seit dem Startschuss im Jahr 2003 in Rheinland-Pfalz und 2007 bundesweit hätten sich insgesamt rund 2,1 Millionen Schülerinnen und Schüler an dem Tag beteiligt.

In diesem Jahr hätten insgesamt 180.000 Schülerinnen und Schüler aus 620 Schulen im gesamten Bundesgebiet teilgenommen. Der Gesamterlös der Kampagne betrage 1,2 Millionen Euro. In Rheinland-Pfalz hätten sich rund 57.000 Schülerinnen und Schüler aus 167 Schulen an der Kampagne beteiligt.

Die Aktion erfahre eine sehr breite politische Unterstützung. Vertreter der Landesregierung und der Fraktionen – auch aus dem Ausschuss für Europafragen und Eine Welt – seien an der Aktion Tagwerk beteiligt gewesen.

Die Grundlage für das gute Ergebnis der Aktion sei vor allem die entwicklungspolitische Bildungsarbeit der Aktion Tagwerk selbst. Die Aktion stelle Unterrichts- und Lehrmaterialien zur Verfügung. Mitarbeiter besuchten mit einem Infomobil teilnehmende oder interessierte Schulen in ganz Deutschland. Im Jahr 2014 seien 115 Schulen besucht worden.

Darüber hinaus biete die Aktion Tagwerk zwei Fotoausstellungen an, die von den Schulen bestellt werden könnten. Mit dem Erlös der Kampagne würden in diesem Jahr Bildungsprojekte für Kinder und Jugendliche in fünf Ländern Afrikas – Ruanda, Burundi, Südafrika, Uganda und die Elfenbeinküste – unterstützt. Uganda und die Elfenbeinküste seien in diesem Jahr zum ersten Mal dabei gewesen.

In Ruanda seien sogenannte „Kinderfamilien“ unterstützt worden, in denen rund 1.100 Kinder und Jugendliche ohne Eltern aufwüchsen. Ebenfalls unterstützt worden seien das Straßenkinderzentrum „Les Enfants de Dieu“, in dem 130 Jungen im Alter von 5 bis 21 Jahren lebten, sowie alleinerziehende Mütter in verschiedenen Projekten in Ngoma, Tumba und Save im Süden Ruandas sowie in Gasabo, einem Außenbezirk von Kigali.

Unterstützung erführen auch das National Paralympic Committee sowie das Jugend- und Ausbildungszentrum Gatenga, in dem 1.000 Kinder und Jugendliche Ausbildungs- und Freizeitangebote nutzen könnten.

Schulen mit einer Schulpartnerschaft oder einem Partnerprojekt dürften bei der Kampagne 25 % oder gar 50 % ihres Erlöses für das von ihnen geförderte Projekt nutzen. Von den Partnerschulen in Ruanda hätten 60 von dieser Möglichkeit profitiert und Teile des Erlöses der Schulprojekte erhalten können.

Die Aktion Tagwerk biete allen teilnehmenden Schulen seit der Kampagne 2014 an, ein persönliches Schulpartnerprojekt für Kinderfamilien in Ruanda von Human Help Network zu übernehmen.

Der nächste Aktionstag finde am 23. Juni 2015 statt.

Herr Vors. Abg. Weiner erklärt, er hätte gerne an dem Projekt teilgenommen, in seiner Region habe sich aber keine Schule bereitgefunden, an dem Projekt teilzunehmen, weil es noch nicht so bekannt sei. Möglicherweise müssten die Schulen auf den Termin im nächsten Jahr hingewiesen werden.

Frau Abg. Klamm berichtet, eine Bäckerei, in der sie an diesem Tag Brot und Brötchen verkauft habe, habe sich zu einer Spende von 500 Euro bereit erklärt. Für die Teilnahme an der Aktion sei also nicht unbedingt eine Schule notwendig.

Herr Abg. Klöckner stellt fest, die Initiative sei von Rheinland-Pfalz ausgegangen und erfahre inzwischen bundesweiten Zuspruch. Darauf könne man stolz sein. Nora Weisbrod gehöre zu den Initiatoren, die diese Erfolgsgeschichte ausgelöst hätten. Junge Leute würden motiviert, sich für ein ganz bestimmtes Ziel einzusetzen.

Die Beteiligungs- und Erlöszahlen seien überaus beeindruckend. Die Erlöse kämen dem Partnerland Ruanda und anderen afrikanischen Ländern auf direktem Weg und ohne großen Verwaltungsaufwand zugute.

Das Beispiel von Frau Abgeordneter Klamm sei nachahmenswert.

Herr Abg. Geis schließt sich der Aufforderung zur Beteiligung an der Aktion an. Er selbst sei in einem Ministerium als Bote durch die Stockwerke gefahren. Eine Beteiligung an dem Tag für Afrika sei während eines Praktikums bei ihm selbstverständlich.

Der Antrag – Vorlage 16/4189 – hat seine Erledigung gefunden.

Elektronische Fassung

Punkt 7 der Tagesordnung:

Informationsfahrt

Herr Vors. Abg. Weiner teilt mit, Herr Dr. Rahe vom Wissenschaftlichen Dienst des Landtags habe umfangreiche Vorgespräche bezüglich der Informationsfahrt des Ausschusses vom 10. bis 13. September 2014 nach Rom geführt. Ein Grundgerüst sei vorhanden.

Herr Dr. Rahe weist darauf hin, im Unterschied zu den sonstigen Fahrten stehe in Rom kein Ansprechpartner für die Organisation der Informationsfahrt zur Verfügung, was problematisch sei.

Herr Vors. Abg. Weiner, Herr Abg. Klöckner, Herr Abg. Wiechmann und **Herr Abg. Seekatz** bedanken sich – auch im Namen der anderen Ausschussmitglieder – herzlich bei Herrn Dr. Schmuck für die langjährige kompetente Tätigkeit und angenehme Zusammenarbeit.

Herr Dr. Schmuck erwidert den Dank und bittet um weiterhin wohlwollende Unterstützung der Programme, die Begegnungen innerhalb Europas förderten.

Herr Vors. Abg. Weiner teilt mit, dass die Deutsche Botschaft sich aufgrund der italienischen Ratspräsidentschaft nur eingeschränkt in der Lage sieht, die Vorbereitung der Informationsfahrt wie üblich zu unterstützen. Da vor der Fahrt keine weiteren Sitzungen des Ausschusses mehr stattfinden, wird zur weiteren Vorbereitung eine Steuerungsgruppe bestehend aus Frau Abg. Klamm, Herrn Vors. Abg. Weiner und Herrn Abg. Wiechmann gebildet, die zusammen mit der Landtagsverwaltung die Vorbereitung der Informationsfahrt gewährleisten soll.

Mit einem Dank an die Anwesenden für ihre Mitarbeit schließt **Herr Vors. Abg. Weiner** die Sitzung.

gez. Patzwaldt
Protokollführerin